

Hohenstein, im April 2021

Stellungnahme der FWG Hohenstein zu den Unterstellungen und Vorwürfen der Hohensteiner SPD

Liebe Hohensteinerinnen, liebe Hohensteiner,

das Ergebnis der Kommunalwahl am 14.03.2021 muss für die SPD Hohenstein doch sehr enttäuschend gewesen sein. Anders ist nicht zu erklären, mit welchen unsachlichen und beschämenden Veröffentlichungen sie seitdem den politischen Mitbewerber angreift. Wir möchten zu diesen Äußerungen hiermit wie folgt Stellung nehmen:

1. **Veröffentlichung der SPD Hohenstein am 17.04.2021 unter der Überschrift „Wie glaubhaft sind die Politiker von CDU und FWG eigentlich?“ und im SPD-Ortsgespräch, Ausgabe April unter der Überschrift „Das ist kein Wahlkampf, das ist ein Skandal“**

In den oben genannten Artikeln der SPD wird auch das Thema **Hauptamtlicher Beigeordneter** ausführlich aufgegriffen. U.a. wird behauptet, dass „in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung... ein neuer hauptamtlicher Beigeordneter bestellt werden soll“ (es ging aber lediglich um eine Satzungsänderung), der zusätzliche Kosten in Höhe von 100.000 Euro pro Jahr für die Gemeinde verursachen würde. Gleichzeitig wird von der SPD die Frage gestellt: „Wie will die FWG ihren Wahlversprechen gerecht werden, die im vergangenen Wahlkampf für eine Verschlinkung der Verwaltung und striktes Sparen eingetreten ist?“

Fakt ist: Die FWG Hohenstein steht ohne Wenn und Aber zu ihren Wahlversprechen.

Wir haben den Antrag der CDU sehr gründlich geprüft, so wie wir das mit jedem Antrag aller Fraktionen tun. Reflexartiges Ablehnen oder Zustimmung je nach dem, aus welchem Lager ein Antrag kommt, ist nicht unser Ding! **Nach gründlicher Prüfung hatten wir uns entschlossen, dem CDU-Antrag nicht zuzustimmen.** Insbesondere stand für uns auch hier das Thema Sparsames Haushalten im Vordergrund. Auch wenn es aktuell nicht zu finanziellen Mehrbelastungen für die Gemeinde gekommen wäre, konnte das für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden. An dieser Stelle der Hinweis, dass dies für die FWG ein ganz normaler Entscheidungsprozess ist. Ganz sicher ist das keine

Reaktion auf die Verbreitung von Unwahrheiten durch die SPD, die wahrscheinlich das Ganze dann auch noch als ihren Erfolg verbuchen will. Leider ist dieser enttäuschten SPD offenbar in Sachen Kommunikation alles zuzutrauen!

Auch wenn der Antrag von der CDU mittlerweile zurückgezogen wurde, empfinden wir es als ganz schlechten Stil der SPD, uns hier die Zustimmung eines Antrages zu unterstellen, ohne dass wir uns in irgendeiner Form dazu bereits geäußert hätten. Wir lassen uns von solchen Unwahrheiten nicht unter Druck setzen, sondern entscheiden sachgerecht und selbständig.

In o.g. Publikationen wird auch auf die **Ablehnung des Haushaltes der Gemeinde** durch FWG und CDU auf unseren Antrag hin verwiesen. Diese Ablehnung hat folgenden sachlichen Hintergrund:

Die Fraktion der FWG hat im Jahr 2015 die Personalkosten und die Stellenpläne von sechs - vom Bürgermeister selbst benannten - Kommunen verglichen.

Im Ergebnis kommen alle sechs Kommunen mit weniger Personal in der Kernverwaltung und somit mit deutlich geringeren Personalkosten aus.

Schon für den Stellenplan 2020 wurde die von der SPD genannte Stelle, die an der Gemeindevertretung vorbei als Projektstelle in den vorigen Haushalten aufgenommen wurde und dann 2020 endgültig in den Stellenplan überführt werden sollte, auf unseren Antrag hin ersatzlos gestrichen.

Seit vielen Jahren finden wir in den Genehmigungsschreiben der Kommunalaufsicht des Rheingau-Taunus Kreises die Aufforderung, die Personalkosten auf das Mindestmaß zu begrenzen. Dies wird vom Bürgermeister und der SPD ignoriert.

Bereits in den Auflagen zur Haushaltssatzung 2016 wurde der Gemeindevorstand angewiesen „die Personalkosten auf das unabweisbare Maß zu begrenzen und für die nächsten 15 Monate keine Stellen zu besetzen und keine Beförderungen vorzunehmen.“ Diese Auflage wurde die folgenden Jahre wiederholt und im Schreiben der Kommunalaufsicht vom 15.04.2020 zum Haushalt 2020 in Bezug auf die Auflagen 2021 erneut thematisiert.

Wir zitieren:

*„Die dauernde finanzielle Leistungsfähigkeit Ihrer Gemeinde ist derzeit als gefährdet zu bewerten.“
„Die Personalkosten sind auf das unabweisbare Maß zu begrenzen. Das kann durch eine Deckelung der Personalkosten oder durch eine Begrenzung der tatsächlich besetzten Stellen geschehen. Bei Weiterführung von Aufgaben durch Dritte muss der nunmehr als Sachkosten zu verbuchende Aufwand bei der Deckelung berücksichtigt werden.“*

Diese Auflage ließ aus unserer Sicht keinen Interpretationsspielraum.

Nachdem der Haushalt von FWG und CDU aus den genannten Gründen abgelehnt wurde, hat der Bürgermeister Widerspruch gegen diesen Beschluss eingelegt. In der Sitzung der Gemeindevertretung am 26.04.2021 sollte erneut über den Haushaltsentwurf 2021 abgestimmt werden. Mit Schreiben vom 19.04.2021 hat die Kommunalaufsicht zu dem Vorgang Stellung genommen. In diesem Schreiben heißt es wörtlich: *„Die Gemeindevertretung ist aufgefordert, ein plausibles Haushaltssicherungskonzept mit konkreten, nachvollziehbaren Maßnahmen zu beschließen, das zu einer nachhaltigen Verbesserung der Haushalts- und Finanzlage führt und genehmigungsfähig ist.“*

Somit hat die Kommunalaufsicht unsere Auffassung bestätigt. Der Haushalt in der vorgelegten Form ist nicht genehmigungsfähig!

An dieser Stelle noch ein Hinweis zum Zitat der SPD: „Das ist kein Wahlkampf, das ist ein Skandal“.

Während der Sitzung der Gemeindevertretung am 26.04.2021 wurde die Freiwillige Feuerwehr alarmiert und ein Mitglied der CDU-Fraktion ist pflichtgemäß zum Einsatz ausgerückt. Dadurch konnte dieses Mitglied an den anstehenden Abstimmungen nicht teilnehmen, was zu einer Veränderung der Mehrheitsverhältnisse geführt hat. Das ehrenamtliche Engagement des Gemeindevertreters sollte aber nicht „bestraft“ werden und es wurde besprochen, dass ein Mitglied der SPD-Fraktion während der Abwesenheit des Feuerwehrmannes nicht an den Abstimmungen teilnehmen sollte. Trotz anders lautender Wortmeldungen aus der SPD-Fraktion (Zitate: „das gebietet die Fairness“, „da können Sie sich vielleicht eine Scheibe davon abschneiden“) hat die SPD dann doch geschlossen abgestimmt.

Wir danken dem Kameraden der Feuerwehr für seinen Einsatz. Er musste sich entscheiden zwischen der Ausübung seines Mandates in der Gemeindevertretung und der Verpflichtung, als Feuerwehrmann für seine Mitmenschen da zu sein. Und natürlich auch Dank an alle Feuerwehrmänner und -frauen, sie sich immer wieder in den Dienst der Allgemeinheit stellen.

Wer sich aber so wie die SPD auf der einen Seite zum Ehrenamt bekennt, und dann eine solche Situation ausnutzt, der hat aus unserer Sicht das Recht verwirkt, von Skandalen zu sprechen und die Glaubwürdigkeit anderer Parlamentarier in Abrede zu stellen!

2. Veröffentlichung der SPD Hohenstein am 21.04.2021 auf Facebook zum Thema *Vorsitzender der Gemeindevertretung*

Dieser Artikel ist aus unserer Sicht an Niveaulosigkeit nicht zu überbieten. Die CDU hat ein Mitglied ihrer Fraktion für den Vorsitz der Gemeindevertretung vorgeschlagen, der Vorschlag wurde von der FWG mitgetragen. Dieses Mitglied der CDU wurde bei der Kommunalwahl am 14.03.2021 von den Wählerinnen und Wählern der Gemeinde gewählt und ist somit legitimiert. Die SPD wiederum unterstellt diesem Gemeindevertreter die Nähe zur AFD. Im Text heißt es dann „Soll mit den Stimmen von CDU und FWG unser Hohenstein in ein rechtslastiges Erscheinungsbild rücken?“ **Diese Vorwürfe sind für uns absolut nicht hinnehmbar und für unsere Mandatsträger auch persönlich verletzend.**

Die FWG Hohenstein verwahrt sich mit aller Entschiedenheit dagegen, auch nur in die Nähe rechtslastiger Tendenzen gerückt zu werden! Wir lassen es nicht zu, dass mit solchen Unterstellungen unsere Integrität und unser Bekenntnis zu unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung in Frage gestellt werden.

Fakt ist:

Der Kandidat ist Mitglied der CDU, nicht der AFD. Er ist gewählt und politisch legitimiert. In den letzten Monaten hat er bereits in Vertretung des bisherigen Vorsitzenden Sitzungen der Gemeindevertretung geleitet, und dies neutral und überparteilich.

Fakt ist auch:

Die Tradition, dass die stärkste Fraktion den Vorsitzenden stellt, hat die SPD selbst zum Fallen gebracht. Schließlich ist ihr Kandidat in den letzten Jahren mehrfach durch persönliche Angriffe auf Mandatsträger und eine eigenwillige Interpretation von sachlicher Zusammenarbeit aufgefallen. Letzteres insbesondere in Zeiten, als die SPD noch die absolute Mehrheit hatte und die Oppositionsparteien unfassbar herablassend behandelt wurden. Auch die Drohungen und Unterstellungen, die in den beiden Sondierungsgesprächen von SPD und FWG nach der diesjährigen Wahl uns gegenüber formulierten wurden, waren für uns ausschlaggebend, den SPD-Kandidaten nicht zu wählen.

Für die FWG sind jegliche Formen von Diffamierung und Verleumdung von politischen Mitbewerbern in keiner Weise akzeptabel. Dies darf insbesondere auf kommunalpolitischer Ebene keine Plattform erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre FWG Hohenstein